

Amt der Oö. Landesregierung

Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung
Abteilung Land- und Forstwirtschaft
4021 Linz • Bahnhofplatz 1



www.land-oberoesterreich.gv.at

Geschäftszeichen:
LFW-2017-278643/124-Ep

Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft
Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht
Kärntnerstraße 10-12
4021 Linz

Bearbeiter/-in: Dipl.-Ing. Philipp Engleder
Tel: 0732 77 20-16242
Fax: 0732 77 20-211798
E-Mail: lfw.post@ooe.gv.at

Linz, 23.08.2023

AUWR-2021-296801

ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH

Erweiterung Kalkschottergrube Viecht Nord I, Desselbrunn

Genehmigungsverfahren nach dem UVP-G 2000

Gutachten für den Fachbereich Wald, Forstwirtschaft und Jagd

Befund

A. Vorhabensbeschreibung:

Die ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH beabsichtigt mit dem gegenständlichen Projekt den seit 1973 bestehenden Kiesabbau Viecht im Ausmaß von 137.140 m² (13,71 ha Stand 2018) in nördlicher Richtung um 73.880 m² (7,39 ha) zu erweitern.

Über einen geplanten Zeitraum von rund 20 Jahren (bis ca. 2043) soll mit einer Jahresfördermenge von 110.000 m³ / 120.000 m³ ein Lagerstätteninhalt von 2.052.000 m³ erschlossen werden.

Die Gewinnung soll wie im bestehenden Abbau weiterhin ausschließlich in Form einer Trockenbaggerung erfolgen.

Der gegenständliche Abbau wurde 1973 mit dem Bescheid der BH Vöcklabruck, ForstR-58/9-1973, auf den Waldparzellen Nr. 2142/1, 2146, 2145/3, KG Windern, mit befristeten Rodungsbewilligungen eröffnet und mit der Rodungsbewilligung, ForstR-106-17-1997, vom 02.12.1997 auf den Grundstücken Nr. 2138/2, Nr. 2141 und Nr. 2142/1 um insgesamt 65.615 m² erweitert. Diese befristete Rodungsbewilligung wurde mehrmals, zuletzt mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck, ForstR-106-13-2001, vom 17.12.2014 bis 31.05.2023 (Wiederaufforstung) verlängert.

Im bestehenden Abbau befinden sich Bergbauanlagen wie die Aufbereitungsanlage, die Disposition mit Brückenwaage, eine Betriebstankstelle und eine Trafostation. Diese Anlagen sind auch für den Gewinnungsbetrieb in der Erweiterung erforderlich.

Im Betriebsareal befindet sich direkt benachbart zur Aufbereitungsanlage eine



Asphaltmischgutanlage der Fa. Lieferasphalt, die mit Produkten aus der Aufbereitung Viecht der ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH beliefert wird.

Aus diesem Grund ist im gegenständlichen Projekt zuerst die Gewinnung des mineralischen Rohstoffs in der Erweiterungsfläche Viecht Nord I und erst im Anschluss daran die restliche Gewinnung des mineralischen Rohstoffs im bestehenden Abbau vorgesehen. Durch diese gewählte Abbauführung sollen die bestehenden Anlagen weiter genutzt und erst ab Beginn der Gewinnung im aktuell bestehenden Abbau rückgebaut werden.

Für die Gewinnung in der Erweiterungsfläche Viecht Nord I sollen demnach auch in Zukunft Flächen des bestehenden Abbaus weiter beansprucht werden. Dementsprechend ergeben sich für den bestehenden Abbau Viecht auch Änderungen zum bisher genehmigten Gewinnungsbetriebsplan.

Laut Projekt ist für den Bereich der beantragten Erweiterung eine Jahresfördermenge von etwa 110.000 m³ und während der Restauskiesung des Bestandes eine Erweiterung der Jahresfördermenge auf 120.000 m³ vorgesehen, wobei für die Abbautätigkeiten, wie bereits bisher praktiziert, vorwiegend ein Radlader und fallweise eine Schubraupe zur Unterstützung eingesetzt werden. Der innerbetriebliche Transport von angeliefertem Material aus Roitham bzw. Ohlsdorf zum Aufgabebunker der Aufbereitungsanlage bzw. zum Plattenförderer des bestehenden Prallbrechers oder zur mobilen Brecheranlage soll durch LKW, Muldenkipper oder durch den Radlader erfolgen. Der Radlader wird auch für die Beladung von LKW bzw. Traktoren sowie für den Transport des beim Aufgabebunker der Aufbereitungsanlage anfallenden Überkorns zur mobilen Brecheranlage eingesetzt.

Laut den Projektunterlagen waren im Jahr 2018 im Bereich der Betriebsein- und Betriebsausfahrt täglich 102 einfache Fahrbewegungen, davon 96 Fahrbewegungen in Richtung Süden (REWE) und 6 Fahrbewegungen in Richtung Norden (Bubenland) gegeben. Im Planfall AF2-AF3 des gegenständlich beantragten Projektes wird im Bereich der Betriebseinfahrt und der bestehenden Zufahrtsstraße täglich während der beantragten Betriebszeiten von Montag bis Freitag von 06:00 bis 20:00 und Samstag von 06:00 bis 14:00 Uhr von durchschnittlich rund 167 einfachen Fahrbewegungen ausgegangen, wovon an Werktagen 159 Fahrbewegungen in Richtung Süden (REWE) und 8 Fahrbewegungen in Richtung Norden (Bubenland) erwartet werden.

Nach Betriebseinstellung der Lieferasphalt GmbH & Co. OG und ARGE Asphaltrecycling zum Ende des 10. Jahres nach Abbaubeginn (voraussichtlich bis Ende 2030) sollen die projektinduzierten Transporte im Untersuchungsraum wesentlich reduziert werden.

Im Zuge der Rekultivierung im bestehenden Abbau Viecht ist eine teilweise Wiederverfüllung der geschaffenen Tagbauöffnung mit Bodenaushubmaterial (= Errichtung / Betrieb BA-Deponie Viecht I) sowie die Anlage von Schlammteichen für die Einbringung der Waschschlämme aus der bestehenden Aufbereitungsanlage vorgesehen.

So wie die bestehenden Abbauflächen und Betriebsanlagen, liegen auch die vom gegenständlichen Projekt umfassten Abbauerweiterungen im Ausmaß von 73.880 m² (7,39 ha) zur Gänze auf Waldflächen, für die im Waldentwicklungsplan Teilplan für den politischen Bezirk Vöcklabruck (2018) mit der Funktionskennzahl 121 ein erhöhtes öffentliches Interesse an der Walderhaltung ausgewiesen ist.

Entsprechend der Richtlinie der Oö. Landesregierung über den Abbau von Sanden und Kiesen in der Region Vöckla-Ager vom Jänner 2012 liegen die beantragten Waldflächen in der „Vorbehaltszone-Erweiterung“ (Fläche GM-V5). Unter „Vorbehaltszone“ ist darin eine Teilfläche des Planungsraumes zu verstehen, in der fachliche Vorbehalte hinsichtlich einer Gewinnung mineralischer Rohstoffe bestehen, diese aber bei Einhaltung definierter Rahmenbedingungen jedoch grundsätzlich möglich ist. Diese Rahmenbedingungen sehen bei den Vorbehaltszonen Forstwirtschaft im gegenständlichen Bereich grundsätzlich nur eine vorübergehende

Waldinanspruchnahme (nur befristete Rodungen) und zusätzlich die Durchführung von Ersatzaufforstungen für, während des Abbauperiodes länger offener Waldflächen, vor.

Im Zuge des geplanten Vorhabens ergibt sich für die weiter beanspruchte Flächen (Bestand) laut dem Gewinnungsbetriebsplan, ein Gesamtausmaß von ca. 137.140 m² (13,71 ha). Davon beträgt die Abbaufäche (inkl. Flächen für Schlammteiche, Bodenaushubdeponie) in etwa 135.050 m². Die restliche Fläche im Ausmaß von ca. 2.090 m² wird für Begrenzungsdrämme bzw. Zufahrten beansprucht.

Für das gegenständliche Projekt sind Rodungen im Gesamtausmaß von 211.020 m² (21,1 ha) beantragt. Diese Rodungsfläche von 211.020 m² (21,1 ha) unterteilt sich in 137.140 m² (13,71 ha) Bestand und 73.880 m² (7,39 ha) Erweiterung Abbau Nord 1.

Auf der nachfolgenden Tabelle sind alle Grundstücke angeführt, auf denen die befristeten Rodungen im Gesamtausmaß von 211.020 m² (21,1 ha) beantragt sind.

Grundstück Nr.	KG	Gesamtfläche (m ²)	Nutzungsart	Befristete Rodung (m ²)	Anmerkung
2138/2	50216	1.681	Wald	1.400	Bestand
2141	50216	76.366	Wald	46.870	Bestand
2142/1	50216	157.460	Wald	88.870	Bestand
2107/1	50216	31.876	Wald	27.620	Erweiterung Abbau Nord 1
2137	50216	3.313	Wald	2.830	Erweiterung Abbau Nord 1
2138/1	50216	35.750	Wald	34.870	Erweiterung Abbau Nord 1
2139/1	50216	14.993	Wald	8.560	Erweiterung Abbau Nord 1
		321.439		211.020	

Tab. 1: zur Rodung beantragte Grundstücke

Entsprechend den im Gewinnungsbetriebsplan enthaltenen Angaben ist ein Abbau in 7 Abbaubereichen, mit den in der nachfolgenden Tabelle angeführten offenen Rodungsflächen, vorgesehen.

	Abräum- fläche (m ²)	Abbau- fläche (m ²)	BA Deponie (m ²)	Werksfläche (m ²)	Offene Rodungsfläche (m ²)	Rekultivierung (m ²)
AF 0	20.860	77.305	0	45.795	143.960	2.810
AF 1 (4 Monate)	15.250	78.965	920	47.355	142.490	2.810
AF 2 (20 Monate)	17.320	79.155	2.240	50.425	149.140	11.370
AF 3 (15 Monate)	9.110	82.625	6.550	53.925	152.210	13.330
AF 4 (94 Monate)	6.640	50.240	5.240	60.510	122.630	83.770
AF 5 (46 Monate)	0	56.450	3.920	23.360	83.730	123.500
AF 6 (31 Monate)	0	16.295	6.490	9.885	32.670	174.020
AF 7 (25 Monate)	0	0	0	0	0	204.850

Tab. 2: Verlauf der Abbaufortschritte (AF)

Über den gesamten Projektzeitraum ergibt sich nach dem vorliegenden Gewinnungsbetriebsplan und den projektgegenständlichen Lageplänen, für den rund 20 Jahre beantragten Abbauperioden, insgesamt eine durchschnittlich offene Rodungsfläche im Ausmaß von 123.823,4 m² (12,4 ha), wovon 73.212,7 m² (7,32 ha) auf offene Abbaufächen (Abräumfläche, Abbaufäche) und 50.610,7 m² (5,06 ha) auf offene Werksflächen (Werksflächen, BA-Deponie) entfallen. Durch das beantragte Projekt ist laut Gewinnungsbetriebsplan zukünftig von offenen Rodungsflächen im Ausmaß von 3,27 ha bis 15,22 ha auszugehen.

Die nach dem Gewinnungsbetriebsplan über den gesamten beantragten Abbauzeitraum offene Abbaufäche wird demnach gegenüber dem aktuellen Ausmaß von 13,71 ha zukünftig ein zunehmendes Ausmaß (bis 15,22 im AF3) und in der Folge abnehmende Ausmaße (12,26 ha im AF4, 8,37 ha im AF5 und 3,27 ha im AF6) aufweisen.

Im Rahmen der Bewilligung des bestehenden Abbaus (Bescheide der Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck ForstR-58/9-1973 vom 8.5.1973, ForstR10-106-17-1997 vom 02.12.1997 und ForstR10-106-13-2001 vom 30. Dezember 2014) wurden für die befristet bewilligten längerfristig offenen Rodungsflächen bisher keine entsprechenden Ersatzaufforstungen durchgeführt.

Das im Grenzbereich der Gemeinden Desselbrunn und Ohlsdorf liegende verfahrensgegenständliche Projektgebiet befindet sich in einem rund 250 ha großen zusammenhängenden Waldkomplex im Bereich eines die Traun begleitenden Waldgürtels an deren orografisch linken Ufer. Dieser Waldkomplex erstreckt sich mit kleineren Unterbrechungen von Gmunden bis Stadl Paura. Der Waldgürtel hat im Bereich des verfahrensgegenständlichen Projektgebietes eine Breite von rund 1,2 Kilometer und findet Richtung Südwesten seine Fortsetzung in mehreren, teilweise zusammenhängenden Waldflächen entlang einer Geländerinne, die von Süd nach Nord mit leichtem Gefälle verläuft. Vor Ort wird diese Geländerinne Richtung Westen von einem mehr als 30 m hohen, steilen, teilweise felsdurchsetzten Hang und Richtung Osten von einer mäßig geneigten Böschung begrenzt. Der Waldkomplex stockt zum überwiegenden Teil auf der dort vorhandenen mittleren Schotterterrasse. Jagdfachlich liegt das Projektgebiet im südöstlichen Randbereich der Gemeinde und Jagdgenossenschaft Desselbrunn und grenzt unmittelbar an die Jagdgebiete Ohlsdorf im Süden und nur getrennt durch die Traun, an die Jagdgebiete Laakirchen und Roitham an. Im südlichen Bereich wird der Wildlebensraum durch die Autobahn A1 begrenzt.

Das Projektgebiet ist Lebens- oder Teillebensraum von Rehwild, Feldhase, Steinmarder, Baummarder, Iltis, Hermelin, Fuchs, Fasan, Ringeltaube, Wildente, Waldschnepfe, Wildschwein, Graureiher und Kormoran. Vom gegenständlichen Vorhaben werden Teile der Gelbzone des Wildtierkorridors (VB 09A) berührt.

Im Bereich um den bestehenden Abbau Viecht und auf der beantragten Erweiterungsfläche werden die sekundären Fichtenbestände und die naturnahen, großteils noch jungen Laubnadelmischbestände aktuell überwiegend forstlich genutzt.

Die beantragten Rodungen im Gesamtausmaß von 211.020 m² (21,1 ha) liegen im südlichen Bereich des geschlossenen und weitgehend zusammenhängenden Waldgebietes. Konkret befinden sie sich im südöstlichen Randbereich der Gemeinde Desselbrunn, die mit einer Gesamtwaldfläche von 380,08 ha, einen Waldflächenanteil von rund 21,9 % ihrer Gesamtfläche von 1.735,21 ha aufweist.

Die Waldflächen liegen laut Waldentwicklungsplan (WEP), Teilplan pol. Bezirk Vöcklabruck 2018, in der Funktionsflächen Nr. 41711017. Diese Funktionsfläche ist mit der Wertziffer 121 (Charakteristik: unterbewaldeter Bereich zwischen Traun und Ager) bewertet. Durch diese auch vor Ort zutreffende Bewertung ist ein erhöhtes öffentliches Interesse an der Walderhaltung dokumentiert.

Für das gegenständliche Vorhaben sind in dieser Funktionsfläche befristete Rodungen auf einer Fläche im Gesamtausmaß von 211.020 m² (21,10 ha) beantragt. Davon entfallen 137.140 m² (13,71 ha) auf die Weiternutzung der, mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck ForstR10-106-17-1997 und ForstR10-106-13-2001 vom 30. Dezember 2014, befristet bewilligten Rodungen für die bestehenden Bergbauanlagen.

Laut Projekt ist eine mit standortgerechten Baumarten durchzuführende Wiederbewaldung aller für das gegenständliche Projekt in Anspruch genommenen Waldflächen nach Abbauende vorgesehen. Durch die Rekultivierung der einzelnen Abbauabschnitte sollen laut Projekt

ökologisch wertvolle Waldflächen mit Lichtungen und Feuchtflächen geschaffen werden. Durch die Wiederbewaldung der befristeten Rodungsflächen sollen standortgerechte Laubmischwälder mit heimischen Gehölzen, in Anlehnung an die potenziell natürliche Waldgesellschaft (PNWG z.B. mit Rotbuche, Bergahorn, Bergulme, Hainbuche, Stieleiche, Weißtanne, Vogelkirsche) entstehen. Die Wiederbewaldung von Feuchtflächen (Bereich der ehemaligen Schlämmteiche) ist – entsprechend den Standortbedingungen – mit Weiden, Schwarzerle, Schwarzpappel geplant, wobei rund 50% der Schlammteichfläche aufgeforstet und 50% durch Naturverjüngung wiederbewaldet werden sollen.

Für die, durch die längerfristig offenen Rodungsflächen gegebene, vorübergehende Verminderung der Waldwirkungen sind entsprechende Ersatzaufforstungen vorgesehen.

Entsprechend der Richtlinie der Oö. Landesregierung über den Abbau von Sanden und Kiesen in der Region Vöckla-Ager vom Jänner 2012 liegen die beantragten Waldflächen in der „Vorbehaltszone-Erweiterung“ GM-V5, womit auch ein öffentliches Interesse am gegenständlichen Rodungszweck beschrieben und ein Abbau grundsätzlich unter Einhaltung von Rahmenbedingungen möglich ist. Diese Rahmenbedingungen wurden für den Fachbereich Forstwirtschaft bei den Vorbehaltszonen grundsätzlich nur für befristete Rodungen und unter der Bedingung der Durchführung von Ersatzaufforstungen für die während des Abbaus offene Waldfläche definiert.

Im unmittelbaren Nahbereich der gegenständlichen Projektfläche wurde mit dem Bescheid der BH Gmunden BHGMForstR-2019-234892/47-LAN vom 14.10.2021 auf den Grundstücken Nr. 201, 202/6, 202/7, 202/8, 204/1, 205, 206, 207/1, 207/2 und 1146/3, alle KG Ehrenfeld, Gemeinde Ohlsdorf, die dauernde Rodung einer Fläche im Ausmaß von 188.147 m² (18,82 ha) für die Schaffung des neuen Betriebsbaugebietes „Ehrenfeld II“ bewilligt. Diese betroffene Waldfläche ist zwischenzeitig bereits gerodet worden.

B. Aufgabenstellung:

Die Aufgabenstellung ergibt sich aus den Beweisthemen und Anforderungen im "Fragenkatalog", der durch den Koordinator kommuniziert wurde, oder aus den sonstigen Aufgabenstellungen, die die Behörde dem Sachverständigen, im Wege über den Koordinator als "verlängertem Arm der Behörde", übermittelt hat.

Die Auftragserteilung für die Erstellung des gegenständlichen Gutachtens für die Fachbereiche Wald, Forstwirtschaft und Jagd ist mit Schreiben der Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung Anlagen-, Umwelt und Wasserrecht, AUWR-2021-296801/77-Si vom 26. April 2022 erfolgt.

Zur Abgrenzung des Umfanges des zu beurteilenden Fachgebietes Wald und Forstwirtschaft wird, analog dem Vorgehen in der Verwaltung als limitierendes Element des Begutachtungsrahmens, die Walddefinition des Forstgesetzes 1975 BGBl. Nr. 440 i. d. F. BGBl. Nr. 56/2016 vorausgestellt, welche lautet:

"Wald im Sinne dieses Bundesgesetzes sind mit Holzgewächsen der im Anhang angeführten Arten (forstlicher Bewuchs) bestockte Grundflächen, soweit die Bestockung mindestens eine Fläche von 1.000 m² und eine durchschnittliche Breite von 10 m erreicht".

Die nachfolgende Begutachtung des vorliegenden Projektes "Erweiterung Kalkschottergrube Viecht Nord I, Desselbrunn; Genehmigungsverfahren nach dem UVP-G 2000" bezieht sich demnach auf die durch das Projekt zu erwartenden Auswirkungen auf jene Waldflächen, die der Walddefinition des Forstgesetzes 1975 entsprechen.

Zur Abgrenzung des zu beurteilenden Fachgebietes Jagd wird festgestellt, dass unter Jagdwesen gemäß Oö. Jagdgesetz LGBl. 32/1964 das Jagdrecht, die Hege und die Ausübung der Jagdwirtschaft zu verstehen ist, wobei als jagdbare Tiere jene Tiere gelten, die in der

Oö. Schonzeitenverordnung i.d.g.F., unterteilt in Haar- und Federwild, angeführt sind und im Projektgebiet vorkommen.

Entsprechend den übermittelten Beweisthemen wird für die zu beurteilenden Fachbereiche Wald/Forstwirtschaft und Jagd das nachfolgende Gutachten abgegeben.

Gutachten

Forstwirtschaft

Einleitend wird forstfachlich festgestellt, dass mit der im unmittelbaren Nahbereich des gegenständlichen Projektes mit dem Bescheid der BH Gmunden BHGMForstR-2019-234892/47-LAN vom 14.10.2021 auf den Grundstücken Nr. 201, 202/6, 202/7, 202/8, 204/1, 205, 206, 207/1, 207/2 und 1146/3, alle KG Ehrenfeld, Gemeinde Ohlsdorf, bewilligten dauernden Rodung für die Schaffung des neuen Betriebsbaugebietes „Ehrenfeld II“, gegenüber der Erhebungs- und Beurteilungsgrundlage für das gegenständliche Projekt maßgeblich andere Verhältnisse eingetreten sind. Diese, in deutlich unterdurchschnittlich bewaldeten Bereichen gelegenen Waldflächen im Ausmaß von 188.147 m² (18,82 ha) sind zwischenzeitig bereits gerodet worden.

Für den Bereich des gegenständlichen Abbaugebietes Viecht liegt demnach mit der Schaffung des Betriebsbaugebietes Ehrenfeld II gegenüber der im Kiesleitplan vom Jänner 2012 zugrunde gelegten Ausgangssituation eine wesentlich veränderte Situation vor. Diese dauerhafte Großrodung ist von großer Relevanz für das gegenständliche Gutachten und muss daher bei der Beurteilung berücksichtigt werden.

Die von der Projektwerberin in den Projektunterlagen vorgelegten Darstellungen und Schlussfolgerungen basieren auf Erhebungen, die überwiegend in den Jahren 2018 und 2019 durchgeführt wurden. Jene sich rein auf das gegenständliche Projektgebiet beziehenden Darstellungen und Schlussfolgerungen können grundsätzlich als plausibel und nachvollziehbar beurteilt werden. Hierzu muss jedoch festgestellt werden, dass in den Unterlagen keine Angaben zu einer im Jahr 2020 bewilligten Abbauerweiterung des im Nahbereich gelegenen Abbaugebietes Roitham im Ausmaß von rund 60 ha und einer beträchtliche Menge an Kies die im Zuge der Bauarbeiten für das Betriebsbaugebiet „Ehrenfeld II“ in das gegenständliche und auch in umliegende Kiesabbaugebiete, zur weiteren Verarbeitung eingebracht wurde, enthalten sind. Da die forstgesetzlichen Bestimmungen und der aktuelle Rodungserlass des BMLRT (Subsidiarität) konkrete Angaben zum Ausmaß des Sand- und Kiesbedarfes fordern und diese relevanten Informationen eine direkte Auswirkung auf den Umfang und die Dauer des Vorhabens haben, sind sie aus forstfachlicher Sicht bei einer von der gemäß der forstgesetzlichen Bestimmungen erforderlichen Bedarfsabschätzung jedenfalls zu berücksichtigen.

Durch die bereits durchgeführten Rodungen für das Betriebsbaugebiet sind die Waldflächen im gegenständlich relevanten Untersuchungsbereich bereits um 18,82 ha verringert, womit durch das gegenständliche Projekt im Grenzbereich der bereits vor den Rodungen für das Betriebsbaugebiet deutlich unterdurchschnittlich bewaldeten Gemeinden Ohlsdorf und Desselbrunn über den beantragten Projektzeitraum von rund 20 Jahren, von weiteren offenen Rodungsflächen im Ausmaß von 14,4 ha (AF0), bis zu 15,2 ha (AF03), im Mittel 12,4 ha auszugehen ist.

Kumulativ gesehen ist damit zumindest über den beantragten Projektzeitraum von einer Verringerung der Waldflächen im gegenständlichen Waldgebiet im Ausmaß von durchschnittlich 31,22 ha auszugehen.

Aus der Sicht des Forstwesens, der Jagd und der Wildökologie sind auch vom gegenständlichen Projekt, auf Grund der unterdurchschnittlichen Waldausstattung der Gemeinden, wertvolle

Waldflächen bzw. Waldstandorte betroffen. Es ist davon auszugehen, dass in diesem zusammenhängenden Waldkomplex durch die zusätzlichen offenen Rodungsflächen für das gegenständliche Projekt, verstärkt durch die bereits durchgeführten Rodungen für das Betriebsbaugelände Ehrenfeld II von einer wesentlichen Beeinträchtigung der wald- und wildökologischen, forst- und jagdtechnische Funktionsfähigkeit dieser Waldeinheit auszugehen ist. Im Projektgebiet sind zwar keine Schutzgebiete gemäß Forstgesetz 1975 ausgewiesen, jedoch befindet sich im östlichen Bereich des bestehenden Abbaugeländes und im nordöstlichen Bereich der beantragten Erweiterung ein aus dem Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 abgeleitetes Europaschutzgebiet Untere Traun (AT3113000 „Vogelschutzgebiet Untere Traun“). Dieses Europaschutzgebiet ist laut den Projektunterlagen von temporären Rodungen im Ausmaß von rund 4.100 m² betroffen.

In Bezug auf die diesbezüglichen forstgesetzlichen Richtlinien entfallen die beantragten Rodungen auf Waldflächen für die im aktuellen Waldentwicklungsplan, Teilplan für den politischen Bezirk Vöcklabruck (2018), mit der Funktionskennzahl 121, eine mittlere Wertigkeit der Wohlfahrtsfunktion ausgewiesen ist. Durch diese auch vor Ort zutreffende, erhöhte Wertigkeit der Wohlfahrtsfunktion ist ein öffentliches Interesse an der Erhaltung der Waldfläche dokumentiert. Für die verfahrensgegenständliche Waldfläche liegt demnach ein erhöhtes öffentliches Interesse an der Walderhaltung vor.

Der aktive Schotterabbau im Untersuchungsgebiet ist ein großer Staubemittent. Diese mineralischen Stäube werden durch den Waldkomplex in dem sich das gegenständliche Waldgebiet befindet gefiltert. Da das betroffene Waldgebiet auch im Nahbereich der im Süden verlaufenden Westautobahn liegt, wirkt es auch als Filter für die durch den Straßenverkehr emittierten Luftschadstoffe und Feinstäube. Der Waldgürtel entlang der Traun in dem sich das gegenständliche Projektgebiet befindet, leistet also einen konkreten Beitrag zur Reinigung der in diesem Gebiet emissionsbedingt belasteten Luft.

Des Weiteren wirkt der Waldkomplex verbessernd auf den Wasserhaushalt (Wasserrückhalt bei Starkniederschlägen und langfristige Wasserspeicherung). Durch die reinigende und das lokale Wasservorkommen erneuernde, sowie seine insgesamt das lokale Kleinklima verbessernde Wirkung, ist das betroffene Waldgebiet von mehr als nur lokaler Bedeutung hinsichtlich der Wohlfahrtswirkung.

Da nach den Angaben und Berechnungen im Bericht D.10 Luft und Klima die prognostizierten, projektspezifischen Immissionsbelastungen als irrelevant bis maximal gering angegeben werden, ist ohne Berücksichtigung der bereits durchgeführten Rodung für das Betriebsbaugelände „Ehrenfeld II“, durch das gegenständliche Vorhaben nicht mit relevanten, qualitativen Beeinträchtigungen des Waldes inklusive dessen Lebensraumfunktion durch stoffliche Einwirkungen zu rechnen. Die maximalen Zusatzbelastungen ergeben sich für den gegenständlichen Untersuchungsbereich naturgemäß nur für den Luftschadstoff Staub. Forstfachlich ist festzustellen, dass eine messbare Beeinträchtigung des Waldes durch eine rein vom Vorhaben ausgehende Einwirkung von Luftschadstoffen auf den Wald damit als nicht relevant zu beurteilen ist.

Da die projektbedingt ausgewiesenen Veränderungen der Einwirkung von Lärm gegenüber dem IST-Zustand während aller Abbauabschnitte und beurteilten Szenarien im Bereich der Irrelevanz oder innerhalb der Messungenauigkeit von schalltechnischen Messungen liegen, ist davon auszugehen, dass eine relevante Beeinträchtigung vorhandener Nutzungen und Funktionen (z.B. der Erholungsfunktion) nicht zu erwarten ist.

Die beantragten Rodungen liegen auf Flächen die in der „Richtlinie der Oö. Landesregierung über den Abbau von Sanden und Kiesen in der Region Vöckla-Ager 2012“, als „Vorbehaltszone“ (Vorbehalt Erweiterung bei nur vorübergehender Waldinanspruchnahme) ausgewiesen sind.

Entsprechend der gegebenen Situation zum Zeitpunkt der Erstellung des Kiesleitplanes wurde eine Erweiterung des bestehenden Abbaubereiches grundsätzlich als möglich erachtet und beurteilt. Entsprechend den Vorgaben des Kiesleitplanes Vöckla-Ager 2012 ist damit für das gegenständliche Projekt eine Wiederbewaldung der gesamten Rodungsfläche nach Abbauende und entsprechende Ersatzaufforstungen für die rodungsbedingte Verminderung der Wohlfahrtsfunktion für längerfristig offene Rodungsflächen erforderlich.

Diesbezüglich ist festzustellen, dass das gegenständliche Erweiterungsvorhaben innerhalb einer im Kiesleitplan Vöckla-Ager aus forstfachlicher Sicht als „Vorbehalt Erweiterung“ definierten Fläche liegt, worin im Jahr 2012 entsprechend der damals gegebenen IST-Situation festgehalten wurde, dass die Gewinnung von mineralischen Lockergesteinen in dieser Flächenkategorie bei bloß vorübergehender Waldinanspruchnahme möglich ist. Erweiterungen von bereits bestehenden Abbaubereichen ist dabei gegenüber einer Erschließung neuer Abbaubereichen im Wald der Vorzug zu geben. Dies ist auch dahingehend begründet, dass damit keine zusätzliche Infrastruktur notwendig ist und der Flächenverbrauch dadurch möglichst minimiert werden kann.

Für die Fläche 5 (GM-V5) der Richtlinie der Oö Landesregierung über den Abbau von Sanden und Kiesen im oö. Zentralraum (i.d.F: Kiesleitplan 2012 und dem Ergebnisprotokoll Projekt Kiesleitplan-Ersatzaufforstungen vom 21.05.2019), innerhalb der sich das Erweiterungsvorhaben befindet, wird zudem festgestellt, dass ein:

„Abbau vorstellbar ist, wenn zur weitgehenden Gewährleistung der Wirkungen des Waldes Ersatzaufforstungen für die während des Abbaus offenen Waldflächen durchgeführt werden. Für diese Ersatzaufforstungen gelten (nach den vereinbarten und für längerfristig offene Rodungen anzuwendenden Richtlinien vom 21.05.2019) abhängig von der Waldausstattung der betroffenen Gemeinde entsprechende Vorgaben die nachfolgend angeführt werden.

- 0 - 20 % Wald: Ersatzaufforstung für Werksfläche und Abbaufäche im Verhältnis 1:1
- 20 - 30 % Wald: Ersatzaufforstung für Werksfläche 1:1, Abbaufäche im Verhältnis 1:0,75
- 30 - 40 % Wald: Ersatzaufforstung für Werksfläche 1:1, Abbaufäche im Verhältnis 1:0,5
- über 40 % Wald: keine Ersatzaufforstung notwendig
- Aufforstung im Nahbereich bzw. in Gemeinden mit einer ähnlichen oder geringeren Waldausstattung
- Beginn des Schotterabbaus erst nach Durchführung der Ersatzaufforstungen bzw. bei nachweislicher Sicherstellung derselben.

Anmerkung: Der Waldflächenzuwachs nach erfolgter Wiederbewaldung der Werks- und Abbaufächen kann bei anderen Abbauvorhaben als Ersatzaufforstungsfläche herangezogen werden. Derartige Zuwächse können rückwirkend bis zum Jahr 2000 angerechnet werden.“

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass für die von der beantragten Abbauerweiterung betroffenen Waldgrundstücke im Kiesleitplan Vöckla-Ager vom Jänner 2012 bereits Aussagen und Bedingungen formuliert sind, womit auch ein öffentliches Interesse am gegenständlichen Rodungszweck der beantragten Erweiterung des bestehenden Kiesabbaus abzuleiten wäre.

Mit der Bewilligung für das Betriebsbaugelände „Erhenfeld II“ und der bereits durchgeführten, großflächigen Rodung einer Waldfläche von rund 18,82 ha ist jedoch eine maßgebliche Veränderung bzw. Verschlechterung der ursprünglichen Situation eingetreten.

Die Waldausstattung im Untersuchungsraum ist durch die bereits gerodeten Waldflächen für das Betriebsbaugelände im Ausmaß von 18,82 ha und das Abbaugelände Roitham im Ausmaß von 18,27 ha, bereits wesentlich verringert worden. Durch das gegenständliche Projekt im Grenzbereich der Gemeinden Ohlsdorf, Desselbrunn, Laakirchen und Roitham bei bereits deutlich unterdurchschnittlichen Waldausstattungen von 20,33 %, 21,9 %, 11,71 % und 20,6 % und einer,

in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten deutlich negativen Waldflächendynamik, würden die Waldflächen weiter verringert werden. Dabei ist davon auszugehen, dass bei jeder zusätzlichen Rodung ein wesentlicher Verlust von Waldwirkungen mit negativen Auswirkungen, insbesondere auf die Wohlfahrts- und Erholungsfunktion, gegeben sein wird.

Aus forstfachlicher Sicht ist damit bei der von der Behörde entsprechend den forstgesetzlichen Bestimmungen und insbesondere dem Rodungserlass durchzuführenden Interessenabwägung ein, der gegebenen unterdurchschnittlichen Waldausstattung, entsprechender Maßstab anzusetzen. Diesbezüglich sei dabei explizit auf das Subsidiaritätsprinzip und die von der Behörde durchzuführende Bedarfsprüfung bei der Gewichtung der öffentlichen Interessen hingewiesen. Bezüglich dem, im Rodungserlass angeführten Subsidiaritätsprinzip wird auch darauf hingewiesen, dass jedenfalls zu prüfen ist, ob das konkrete Vorhaben nur unter Inanspruchnahme von Wald, oder auch ohne bzw. mit geringerer Waldinanspruchnahme umgesetzt werden kann.

Hinweis: Da sich im näheren Umkreis des gegenständlichen Abbaugbietes, offene Rodungsflächen im Ausmaß von zumindest rund 50 ha befinden und befristete Rodungsbewilligungen für die Erweiterung von bestehenden Abbaugbieten im Ausmaß von rund 100 ha mit einem bewilligten Abbauvorrat von mehr als 20 Mio. m³ vorliegen, sei an dieser Stelle explizit auf das Subsidiaritätsprinzip und die von der Behörde durchzuführende Bedarfsprüfung bei der Gewichtung der öffentlichen Interessen hingewiesen. Des Weiteren besitzt die Antragstellerin im unmittelbaren Nahbereich zwei landwirtschaftlich genutzte Grundstücke (Gst.Nr. 2148 – KG Windern / GST-Nummern 2126/3 – KG Windern) im Ausmaß von 2,3 ha und 0,7 ha, die laut der Aussage der Projektwerberin bei einer Besprechung am 15.11.2021 für Kiesabbau erworben wurden.

Jagdwirtschaft

Durch das gegenständliche Abbauvorhaben und die bereits durchgeführte Rodung für das Betriebsbaugebiet Ehrenfeld II im Ausmaß von 18,82 ha ist zumindest über den beantragten Bewilligungszeitraum von rund 20 Jahren von einem Wald- und Lebensraumverlust im Ausmaß von 32,2 ha und langfristig jedenfalls von rund 19 ha im Bereich des gerodeten Betriebsbaugbietes auszugehen, womit auch Auswirkungen auf die im Untersuchungsraum vorkommenden Tierarten zu erwarten sind. Auch in Bezug auf den vom Projekt berührten Gelbzonenbereich des Wildtierkorridors (VB 09A) wird sich in Summe durch die beantragte Erweiterung und Weiternutzung befristet bewilligter Rodungsflächen eine temporäre Einschränkung des Korridors über einen Zeitraum von jedenfalls etwa 15 Jahren bei gleichzeitigem Verbleib von zumindest 450-600 m Korridorbreite ergeben. Hier ist festzuhalten, dass die aktuelle Wildtierkorridorstudie für Oberösterreich Rodungsansuchen in einer Gelbzone ablehnt, wenn nicht eine zumindest gleichwertige Ersatzaufforstung innerhalb derselben Gelbzone durchgeführt wird.

Die hochwertigen Waldbestände direkt an der Traun werden vom Vorhaben nicht direkt betroffen. Darum ist in diesem Bereich davon auszugehen, dass durch das gegenständliche Projekt eine Beeinträchtigung der Lebensraum- und Korridorfunktion jedenfalls nur untergeordnet gegeben sein wird.

Betrachtet man nur die vorgelegten Projektunterlagen ist aus jagdfachlicher Sicht davon auszugehen, dass durch das gegenständliche Projekt alleine (Projektfall ohne Kumulierung) eine relevante Beeinträchtigung des Wildbestandes gegenüber dem IST-Zustand nicht gegeben wäre. Kurzfristige Beeinträchtigungen auf das Wild, im Besonderen während der Phase des Abräumens des Waldbestandes und Oberbodens und dem Beginn des Abbaus in den einzelnen Abbauabschnitten, können jedoch sehr wohl auftreten. Da das Wild, insbesondere die Hauptwildart Rehwild auf Störungen durch Ausweichen in angrenzende Einstandsbereiche und durch

Anpassungen auf die gegebene Situation reagiert, ist aber davon auszugehen, dass durch die in sieben Abbauabschnitten beantragten Abbauerweiterungen keine relevante Beeinträchtigung gegeben sein werden.

Da Rotwild oder Wild mit größerem Wechselradius im Projektgebiet und auch in den benachbarten Genossenschaftsjagdgebieten nicht oder nur als extrem seltenes Wechselwild vorkommt und auch das Vorkommen bzw. Durchwechselln anderer großräumig lebender Wildtiere (Luchs, Wolf, Braunbär) für den Untersuchungsraum nicht dokumentiert ist (vgl. „Wildtierkorridore in Oberösterreich“, OÖ Umweltanwaltschaft 2012), erscheint angesichts der dichten Besiedelung und des Fehlens großer zusammenhängender Waldflächen eine Beeinträchtigung dieser speziellen Wildtiere durch das gegenständliche Projekt alleine ebenfalls als nicht relevant.

Durch die im unmittelbaren Nahbereich rechtskräftig bewilligte und bereits durchgeführte Großrodung für das Betriebsbaugebiet Ehrenfeld II, im Ausmaß von 18,82 ha, ergeben sich jedoch auch wesentliche Auswirkungen auf den Wald in seiner Funktion als Wildtierlebensraum. Mit dieser Großrodung und der im gegenständlichen Projekt zusätzlich über den beantragten Zeitraum von rund 20 Jahren geplanten durchschnittlich offenen Rodungsfläche im Ausmaß von rund 12,4 ha (max. 15,2 ha), ist aus jagdfachlicher Sicht durch Beseitigung von Vegetationsstrukturen und Waldboden, ohne entsprechende Ausgleichsmaßnahmen im Nahbereich, von einer relevanten Beeinträchtigung des Waldes als Wildtierlebensraum sowie der im Untersuchungsgebiet lebenden Wildtiere auszugehen. Jene durch die zusätzlich zu der bereits durchgeführten Großrodung für das Betriebsbaugebiet geplanten, projektgegenständlichen Rodungen hervorgerufenen Beeinträchtigungen, können aus forst- und jagdfachlicher Sicht nur durch Beschränkungen der Rodungsflächen auf das unbedingt erforderliche Ausmaß und die Anlage geeigneter alternativer Lebensräume, wie z.B. Ersatzaufforstungen mit geeigneten Biotopstrukturen im Nahbereich des Projektgebietes, ausgeglichen werden.

Durch die geplante Rodung des aktuell vorhandenen Waldbestandes, der abbaubedingten Veränderung der Bodenstruktur und der Größe der Eingriffsfläche im Ausmaß von durchschnittlich 12,4 ha offener Rodungsfläche (inkl. der Flächen im bewilligten Abbauggebiet), kann demnach ohne entsprechende Ausgleichsmaßnahmen im Nahbereich der Rodungen von einer langfristig, wesentlichen direkten als auch indirekten Beeinträchtigung der Waldwirkungen im Projektgebiet ausgegangen werden.

Kumulativ betrachtet ist aus der Sicht des Forst- und Jagdwesens auf Grund der unterdurchschnittlichen Waldausstattung der Gemeinden und der bereits durchgeführten Großrodung für das Betriebsbaugebiet „Ehrenfeld II“ davon auszugehen, dass durch einen weiteren Verlust von Waldflächen im Ausmaß von durchschnittlich 12,4 ha, ohne entsprechende Ausgleichsmaßnahmen im Nahbereich, von einer zusätzlichen, langfristig relevanten Beeinträchtigung der wald- und wildökologischen, forst- und jagdtechnische Funktionsfähigkeit der Waldeinheit sowie der Waldwirkungen, im Besonderen der Wohlfahrts- und Erholungswirkung, ausgegangen werden kann.

Im Fall einer dennoch allfälligen Bewilligung der Rodungen durch die Behörde wären jedenfalls die nachfolgend angeführten Auflagen vorzuschreiben:

Auflagenvorschläge

1. Auflagen Ersatzaufforstungen (zwingend):

- 1.1. Die Inanspruchnahme weiterer Waldflächen und eine Verlängerung der aktuell befristet bewilligten Rodungen ist nur dann zulässig, wenn die erforderlichen Ersatzaufforstungen im Ausmaß von 10,6 ha, auf Nichtwaldflächen in unterdurchschnittlich bewaldeten Gemeinden (<30% Waldausstattung) im Nahbereich der Rodungen durchgeführt worden sind.
- 1.2. Erst wenn die entsprechenden Ersatzaufforstungen im Gesamtausmaß von 10,6 ha komplett durchgeführt worden sind, darf mit den Rodungsarbeiten auf den beantragten Erweiterungsflächen begonnen werden.
- 1.3. Für die Ersatzaufforstungen sind ausschließlich in Anlehnung an die natürliche Waldgesellschaft des Buchenmischwaldgebietes entsprechende standortgerechte Laubmischbaumarten z.B. Buche, Eiche, Tanne, Hainbuche, Bergahorn, Traubenkirsche, Vogelkirsche, sowie ergänzend dem Anhang des Forstgesetzes entsprechende Wildstraucharten zu verwenden.
- 1.4. Die Ersatzaufforstungen sind in Abstimmung mit dem forsttechnischen Dienst der örtlich zuständigen Bezirkshauptmannschaft und im Einvernehmen mit dem Landesforstdienst durchzuführen.
- 1.5. Vor Beginn der Ersatzaufforstung ist der Behörde ein Lageplan im Maßstab von nicht kleiner als 1:2.500 mit den für die Ersatzaufforstung geplanten standortgerechten Baumarten und deren vorgesehener Lage und einer Mindestanzahl 2.500 Pflanzen/ha vorzulegen.

2. Rodungen und Wiederaufforstungen (zwingend):

- 2.1. Die Rodungen sind an den projektgegenständlichen Verwendungszweck zu binden und die Gültigkeit der befristeten Rodungsbewilligung ist an die ausschließliche Verwendung der Rodungsflächen – nämlich die Kiesgewinnung samt den erforderlichen Bergbauanlagen + Bodenaushubdeponie – gebunden.
- 2.2. Die projektbedingt notwendigen Rodungen dürfen nur im unbedingt erforderlichen Ausmaß und nur nach Durchführung entsprechender Ersatzaufforstungen entsprechend der vorliegenden Abbauplanung im Gewinnungsbetriebsplan vorgenommen werden, wobei die insgesamt offene Rodungsfläche (gleichzeitig vorübergehend unbewaldete Flächen) das Ausmaß von 15,2 ha (inkl. der Flächen im bewilligten Abbaugelände) nicht überschreiten darf.
- 2.3. Für die fachgerechte Waldbewirtschaftung ist während des gesamten Abbauezeitraumes eine forstliche Erschließung der von den jeweiligen Abbauabschnitten oder dem projektbedingten Entfall vorhandener forstlicher Erschließung betroffenen angrenzenden Waldflächen sicherzustellen.
- 2.4. Die Endrekultivierung der ausgekierten Abbauabschnitte ist Zug um Zug mit der Abbauerweiterung mit einer mindestens 0,5 m mächtigen humosen Schicht durchzuführen und spätestens mit dem Beginn der nachfolgenden Vegetationsperiode (Ende April des Folgejahres) abzuschließen.

- 2.5. Eine vorauseilende Schlägerung von Altholzbeständen im Bereich der temporär bewilligten Rodungsflächen darf nur im Ausmaß von jeweils max. 1 ha vorgenommen werden.
- 2.6. Jede geplante Rodung ist der Behörde zwei Monate im Vorhinein bekannt zu geben und entsprechend dem Projektfortschritt planlich dazustellen.
- 2.7. Allenfalls projektbedingt auftretende Schäden im Randbereich nachbarlicher Wälder (Windwurf, Sonnenbrand, etc.) sind zu entschädigen.
- 2.8. Im Zuge von Bauarbeiten anfallendes Aushubmaterial darf außerhalb der aktuell bewilligten Rodungsflächen nicht ab- oder zwischengelagert werden und vorort gewonnenes humoses Material ist Zug um Zug für die Rekultivierung offener Rodungsflächen zu verwenden.
- 2.9. Böschungen im Bereich abgebauter Rodungsflächen sind entsprechend abzurunden, wobei eine maximale Böschungsneigung von 1:2 (Höhe:Länge) nicht überschritten werden darf. Ausgenommen davon sind im Abbau- und Böschungsbereich verbliebene ökologische Sonderstandorte (z.B. Konglomeratfelsen, etc.).
- 2.10. Durch Baumaschinen verdichtete Rekultivierungen sind vor der Wiederaufforstung aufzulockern.
- 2.11. Die Wiederaufforstungen sind bis längstens Ende des nächsten der Rekultivierung der Kahlfäche nachfolgenden Kalenderjahres derart vorzunehmen, dass mindestens 2.500 Bäume/ha der standortgerechten Laubbaumarten (z.B. Eiche, Buche, Tanne, Hainbuche, Bergahorn, Traubenkirsche, Vogelkirsche, sowie dem Forstgesetz entsprechenden Wildstraucharten) vorhanden sind. Reinbestände aus Vorwaldbaumarten, wie z. B. Birke, Schwarzerle, Weide etc., sind nur in geringstmöglichem Ausmaß an vernässten Stellen gestattet.
- 2.12. Die Wiederaufforstungen und Nachbesserungen sind bis zur Sicherung der Kulturen zu pflegen, erforderlichenfalls nachzubessern und vor Wildverbiss zu schützen.
- 2.13. Eine Wiederbewaldung rekultivierter Böden durch natürliche Sukzession ist nur unter Einhaltung der forstgesetzlichen Bestimmungen zulässig.
- 2.14. Eine Sukzession auf Rohböden im Bereich der Abbausole ist nur auf eventuell verbleibenden Konglomeratinseln bzw. auf Kleinflächen zulässig.
- 2.15. Maßnahmen die eine natürliche Waldentwicklung auf Sukzessionsflächen verzögern oder unterbinden, sind zu unterlassen.
- 2.16. Bauhilfswege und sonstige Baueinrichtungen dürfen nicht auf Waldflächen außerhalb der befristet bewilligten Rodungsflächen angelegt werden.
- 2.17. Die bescheidgemäße Durchführung der Rekultivierungs- und Wiederbewaldungsmaßnahmen ist durch eine ökologische Bauaufsicht zu beaufsichtigen und die Rodungs- und Wiederaufforstungsmaßnahmen sind vor und nach Durchführung der Behörde anzuzeigen.
- 2.18. Mit dem Beginn der Abbautätigkeiten im Bereich der beantragten Erweiterung ist der Stand der Rodungs- und Ersatzmaßnahmen im gesamten Abbaugbiet Kalkschottergrube Viecht in zweijährigen Abständen (ggf. synchron mit anderen behördlich vorgeschriebenen Nachweisungen des Abbaufortschrittes) der Behörde vorzulegen und nachzuweisen.

- 2.19. Zur Sicherstellung der Erholungswirkung gem. § 6 Abs. 2d ForstG sind die wiederbewaldeten Flächen, unter Rücksichtnahme auf § 33 Abs. 2c ForstG, ehestmöglich nach Durchführung der Rekultivierung und Wiederbewaldung wieder für die Benützung des Waldes zu Erholungszwecken und für das Wild als Wildtierkorridor zugänglich zu machen. Dazu sind im Einvernehmen mit den bergbehördlichen Vorschriften nach forstfachlicher Überprüfung der Rekultivierungs- und Wiederbewaldungsmaßnahmen der Behörde Teilabschlusspläne vorzulegen. Ausgenommen davon sind Teilbereiche mit in Betrieb befindlichen Bergbauanlagen.
- 2.20. Für die Rekultivierung und Wiederbewaldung der über den gesamten Abbauzeitraum offenen Rodungsfläche im Ausmaß von durchschnittlich 12,4 ha ist eine entsprechende Sicherheitsleistung vorzuschreiben.
- 2.21. Die Bewilligung der befristeten Rodungen für die beantragte Abbauerweiterung ist mit 31.12.2043 zu befristen.
- 2.22. Die Wiederbewaldung aller verfahrensgegenständlichen Rodungen samt den Flächen der Verlängerung aktuell befristeter Rodungen ist mit spätestens 31.12.2043 zu befristen.

C. Zusammenfassung:

Die ASAMER Kies- und Betonwerke GmbH beabsichtigt mit dem gegenständlichen Projekt den seit 1973 bestehenden Kiesabbau Viecht im Ausmaß von 137.140 m² (13,71 ha) in nördlicher Richtung um 73.880 m² (7,39 ha) zu erweitern. Über einen geplanten Zeitraum von rund 20 Jahren soll damit mit einer Jahresfördermenge von 110.000 m³ / 120.000 m³ ein Lagerstätteninhalt von 2.052.000 m³ erschlossen werden.

Durch eine im unmittelbaren Nahbereich des gegenständlichen Projektes durchgeführte Großrodung einer Fläche im Ausmaß von 188.147 m² (18,82 ha) für die Schaffung des neuen Betriebsbaugebietes Ehrenfeld II sind jedoch gegenüber der Erhebungs- und Beurteilungsgrundlage für das gegenständliche Projekt maßgeblich andere Verhältnisse eingetreten.

Durch die auch vor Ort zutreffende, erhöhte Wertigkeit der Wohlfahrtsfunktion der gegenständlichen Waldfläche ist des Weiteren ein öffentliches Interesse an der Erhaltung des Waldes dokumentiert. Für die verfahrensgegenständliche Waldfläche liegt demnach ein erhöhtes öffentliches Interesse an der Walderhaltung vor.

Durch die Großrodung für das Betriebsbaugebiet „Ehrenfeld II“ hat sich für die mit 21,91 %, 20,33 % und 20,6 % deutlich unterdurchschnittlich bewaldeten Gemeinden Desselbrunn, Ohlsdorf und Roitham (Landesdurchschnitt: 42%), eine massive, langfristige Beeinträchtigung der Waldwirkungen ergeben. Diese negative Auswirkung auf die Waldwirkungen wird durch die im unmittelbaren Nahbereich befindlichen Abbaubereiche und bewilligten Abbauerweiterungen Ohlsdorf Nord und Roitham zusätzlich verstärkt.

Da sich diese offene Rodungsflächen im Ausmaß von zumindest rund 50 ha im näheren Umkreis des gegenständlichen Abbaubereiches befinden und dabei auch befristete Rodungsbewilligungen für die Erweiterung von bestehenden Abbaubereichen im Ausmaß von rund 100 ha mit einem bewilligten Abbauvorrat von mehr als 20 Mio. m³ vorliegen, sei an dieser Stelle diesbezüglich explizit auf das Subsidiaritätsprinzip und die von der Behörde durchzuführende Bedarfsprüfung bei der Gewichtung der öffentlichen Interessen hingewiesen.

Aus forstfachlicher Sicht ist bei der, von der Behörde entsprechend den forstgesetzlichen Bestimmungen durchzuführenden Interessenabwägung ein, der deutlich unterdurchschnittlichen Waldausstattung mit einer seit Jahrzehnten negativen Waldflächenbilanz und der großflächigen

offenen Rodungsflächen für Kiesabbau sowie der im Nahbereich durchgeführten Großrodung für die Schaffung eines Betriebsbaugebietes, entsprechender Maßstab anzusetzen.

Kumulativ gesehen ist aus der Sicht des Forst- und Jagdwesens auf Grund der unterdurchschnittlichen Waldausstattung der Gemeinden und der bereits durchgeführten Großrodung für das Betriebsbaugebiet „Ehrenfeld II“ davon auszugehen, dass durch einen weiteren Verlust von Waldflächen im Ausmaß von durchschnittlich 12,4 ha, ohne entsprechende Ausgleichsmaßnahmen im Nahbereich, von einer zusätzlichen, langfristig relevanten Beeinträchtigung der wald- und wildökologischen, forst- und jagdtechnischen Funktionsfähigkeit der Waldeinheit sowie der Waldwirkungen, im Besonderen der Wohlfahrts- und Erholungswirkung, ausgegangen werden kann.

Abschließend kann festgehalten werden, dass bedingt durch die im unmittelbaren Nahbereich durchgeführte Großrodung im Ausmaß von rund 18,82 ha für das Betriebsbaugebiet „Ehrenfeld II“, davon auszugehen ist, dass mit den zusätzlichen für die im gegenständlichen Projekt beantragten Rodungen von durchschnittlich 12,4 ha die mittel- und unmittelbaren Auswirkungen der durch das Vorhaben verursachten Veränderungen von Waldlebensräumen (Wald-, Wildökologie) und der Forstwirtschaft, forst- und jagdfachlich als nicht mehr vertretbar bewertet werden können. Kumulativ gesehen ist mit einer dermaßen relevanten Verstärkung der Beeinträchtigungen zu rechnen, dass das gegenständliche Projekt aus forst- und jagdwirtschaftlicher Sicht, ohne entsprechende Ersatzaufforstungen im Nahbereich als nicht mehr umweltverträglich zu beurteilen ist.

Sollte die Behörde im Falle einer durchgeführten Interessensabwägung zu dem Ergebnis kommen, dass die beantragten Rodungen bewilligt werden können, so sind aus forst- und jagdfachlicher Sicht, Ersatzaufforstungen im Ausmaß von mindestens 10,6 ha im Nahbereich der Rodungen alternativlos.

Freundliche Grüße

Dipl.-Ing. Philipp Engleder

Hinweise:

Dieses Dokument wurde amtssigniert. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter:

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/amtssignatur>

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/datenschutz>

Wenn Sie mit uns schriftlich in Verbindung treten wollen, führen Sie bitte das Geschäftszeichen dieses Schreibens an.